

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
 die Expedition, Hohe Str. 4.
 A. Nebel, Petersstr. 18.
 F. Zehle, Emilienstr. 2.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
 für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgebung per Quartal 13 Sgr.
 Filial-Expedition für die vereinigten Staaten:
 F. A. Sorge, Box 101
 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

An die Parteigenossen!

Auf verschiedene Anfragen hin die Mittheilung, daß sämtliche in letzter Zeit angemeldeten Vertrauensmänner von uns anerkannt sind. Die Bekanntmachung wird in nächster Zeit erfolgen.

Der Ausschuss.
 Th. Nord.

Der Parteicongreß

findet im großen Saale des Lokales „Zum heiligen Geist“ statt.

Mainz. Das Localcomitee.
 J. Leyendecker, Scharnstr. 15.

Politische Uebersicht.

Der deutsche Servilismus, der seine Säfte vornehmlich aus dem „Heldengreis“ und dem „Genialen“ zieht, und sich in zweiter Linie dem „liberalen“ Kronprinzen zuwendet, der bekanntlich zu seiner ältesten Tochter „Dede Lotte!“ sagt, — der deutsche Servilismus hat sich neulich ein 10-jähriges Kind zum Objekt seiner Nahrung ausgesucht. „Prinz Heinrich, der zweite Sohn des Kronprinzen, wird am 14. August zehn Jahr alt und tritt dann als Seekadett in die Marine“, verkündet die „Köln. Zig.“. „Freuen wir uns daher der Theilnahme, welche der deutschen Seemacht von oben her zu Theil wird, und wünschen wir unserm jungen Prinzen „Heinrich dem Seefahrer“ Glück und Heil!“ Und die „Spenerische Zig.“ jubelt aus Anlaß dieses weltbeglückenden Ereignisses: „So dürfen wir hoffen, daß die Flotte in dem Prinzen Heinrich dereinst, so Gott will, ihren berufenen Führer, in jedem Falle aber einen hingebenden, überzeugten und sachkundigen Vertreter und Fürsprecher finden werde. Wenn unserer Flotte der Weg gebahnt werden soll zu den unvergleichlichen (?) Ehren, welche die Fahnen unserer Regimenter schmücken, dann muß sie in der Nähe des Thrones einen Anwalt haben, dessen früheste Erinnerung mit ihren Geschehnissen so fest und unlösbar verwachsen ist, wie die Geschichte des preussischen Heeres mit dem Lebensgang der Glieder unsers königlichen Hauses.“ — Gegenüber dieser Kriecherei erinnert die „Süddeutsche Post“ an den Ausspruch des „alten Freig.“

„Junge Grafen, die nichts lernen, sind Ignoranten!“ In allen Ländern, in England ist der Sohn des Königs nur Matrose auf ein Schiff, um die Manoeuvres (Manöver) dieses Dienstes zu lernen. Im Fall nun einmal ein Wunder geschehen und aus einem Grafen etwas werden sollte, so muß er sich auf Titel und gebürtig nichts einbilden, den das Feind nur narrenpossen, sondern es löst nur allezeit auf seine Merit (persönlich*) an.“

Die „Süddeutsche Post“ meinte jedenfalls selber nicht, daß sich ihr Citat auch auf den „Prinzen“ Heinrich anwenden lasse. Denn der „alte Freig.“ hat ja nur die „Grafen“ unter die Taugenichtse gezählt, aus denen nur „etwas wird, im Fall einmal ein Wunder geschieht.“

Ein schönes Culturbild aus der Hauptstadt des Reichs „der Gottesfurcht und frommen Sitte“ entrollten uns dieser Tage die Berliner Zeitungen. Der Märkische Central-Sängerbund wollte sein Sängerkonzert heuer in der „neuen Kaiserstadt“ feiern, wohin denn auch die patriotischen Mitglieder „des Gottes voll“ pilgerten. Alles ging nach Wunsch, bis zu der ersten öffentlichen Aufführung, die der Hitze wegen im Freien stattfinden mußte. Kaum hatten die Sänger, um neben ihrer künstlerischen Meisterhaft auch ihre „ächt deutsche“ Gesinnung leuchten zu lassen, das Arndtsche Vaterlandslied angestimmt, als ihnen auf die poetische Frage: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ von Seiten des versammelten Bummelthums die sehr profanische Antwort in Gestalt von Biegelsteinen, Gedankklumpen, Biergläsern u. s. w. entgegengeschleudert wurde, so daß die verblüfften Sänger mit blutigen Köpfen das Weiße suchen mußten. Ein zweiter Versuch am folgenden Tag hatte keinen besseren Erfolg, — nur mit dem Unterschied, daß der Laßerische Knüttel die Stelle der Wurfgeschosse vertrat. Die Mitglieder des Sängerbundes waren darüber so entrüstet, daß sie den Beschluß faßten, nie wieder ein Sängerkonzert in Berlin abzuhalten.

Und was war das Motiv dieses abscheulichen Skandals? Handelte es sich etwa um eine politische Demonstration gegen das „schwarzrothgoldene“, und folglich einen „überwundenen“ Standpunkt angehörige „Vaterlandslieb“? Mit Nichten! Das betreffende „Publikum“ wollte sich, wie die Berliner Zeitungen ausdrücklich hervorheben, einfach „einen Zur machen.“ Wir glauben nicht zu übertreiben, wenn wir sagen, daß eine derartige Rohheit in keiner andern Stadt der „gebildeten“ Welt möglich gewesen wäre — von sonstigen „Großstädten“ gar nicht zu reden. Hätte sich in Wien, in London oder gar in dem „lasterhaften“ Paris eine Bande von Maquereaus („Louis“) und ähnlichem Abhub erfrecht, ein Volksfest — denn das war oder sollte es doch sein — in ähnlicher Weise zu stören, so wäre nicht einer der Schandduben mit gefunden Knochen nach Hause gekommen. Die Sache ist die: in allen Großstädten gibt es, Dank der heutigen Gesellschaftsordnung, einen zahlreichen Pöbel, aber Berlin ist die einzige Großstadt, in welcher der Pöbel herrscht.

* Nichtswisser.
 ** Persönlichen Verdienste.

Wir werden uns gelegentlich des Näheren mit den Berliner Sittenzuständen beschäftigen, für heute sei bloß andeutungsweise auf die drei Hauptgründe hingewiesen, denen Berlin diesen traurigen Vorzug verdankt. Zunächst ist es das künstlich gesteigerte Wachsthum der Stadt, welches eine größere Bevölkerung angelockt hat, als „ehrliehen“ Erwerb finden kann; dann ist es der Charakter der Berliner Polizei, für welche die öffentliche Sicherheit und Wohlfahrt erst in zweiter Linie kommt; und schließlich last, not least,*) der Charakter der Preussischen Politik, welche keinen anderen Gott kennt, als den „der großen Bataillone,“ keinen anderen Cultus, als den der Gewalt. Daß eine solche Politik, die auf der Vorderseite der Medaille „glorreiche Schlachten“ und „schöne Cavalleriegefechte“ hat, auf der Rückseite die infamste Louis-wirtschaft tragen muß, liegt in der Natur der Dinge. Der „Louis“ ist der ins Alltagsleben übersehte Bismarck-Molke.

Dem Berliner Louissthum wird's übrigens auf dem Land zu enge — es beginnt auch, das Meer unsicher zu machen. Seine ruhmvollste Leistung zur See fand kürzlich an der Küste von Dapiti statt, wo zwei haytonische Kriegsschiffe durch listigen Ueberfall momentan annektirt und durch Androhung eines Bombardements bedeutende Geldsummen erpreßt wurden. Unzweifelhaft ein vielversprechender Anfang.

Um die Wehltheit mit dem Bonaparte'schen Empire vollständig zu machen, hat das neue „Deutsche Kaiserreich“ nun auch glücklich seinen Jester gefunden. Der deutsche Jester heißt Erlanger, sein Merito ist der Räuberstaat Tunis, und sein Protektor nicht ein neugeborener Herzog, sondern ein königlich-kaiserlicher Prinz, der große Feldmarschall Friedrich Karl. Letzterer „interessirt“ sich ebenso lebhaft für die „Ansprüche“ der Kopie, wie weiland Moray für die des Originals, und wenn es gut geht, werden wir nächstens unsere mexikanische Expedition nach Tunis bekommen, damit „unser“ Jester und dessen Freunde die dem „Besitzer“ — so nennt sich der Fürst dieses hoffnungsvollen Raubstaats — geliebten, d. h. zum größten Theil nicht geliebten, und soweit geliebten, in Wucherzinsen längst über und über zurückbezahlten Geldsummen dem vollen Nominalbetrag nach einstreichen können. Wenn man bedenkt, daß es sich um etliche Millionen handelt, so wird man sich über den Eifer Erlangers und seiner Freunde nicht wundern. Wen sie zum Maximilian ausersuchen haben, ist noch nicht bekannt. Er darf aber nicht fehlen!

Inzwischen sucht der schlaue „Besitzer“ von Tunis das Ungewitter zu beschwören, indem er den „genialen“ Staatsmann bei seiner schwachen Seite packt und mit lobhudlerischen Phrasen überschüttet. Der Bey, der jedenfalls unsere nationalliberalen Blätter liebt, nennt ihn u. A. in einem französisch geschriebenen Brief „den Mann, dessen große Eigenschaften weitberühmt und dessen Verdienst über alles Lob erhaben ist, denjenigen, der unter den ausgezeichnetsten Ministern hervorsticht und dessen leuchtender Ruf im Ruhm der höchsten Vollkommenheit strahlt; ihn, dessen glänzende Eigenschaften Niemand zu schildern vermag.“

Das Alles Fürst Bismarck in seinen Zeitungen hübsch abdrucken läßt. Nun es ist ein freier Mann und in der Bibel heißt es: Man soll sein P. nicht unter den Scheffel stellen!

In der „Rheinischen Zeitung“ läßt zur Erinnerung an den 23. Juli, den Jahrestag der Uebergabe der Festung Raistatt, ein ungenannter Achtundvierziger sein spärliches Licht aus London leuchten, indem er schreibt:

„Am 23. Juli, sind es dreißigundzwanzig Jahre her, daß die Festung Raistatt, damals von einer Besatzung demokratischer Freiheitskämpfer gehalten, nach einer beinahe vierwöchentlichen Einschließung und Belagerung die Thore öffnen und sich dem Sieger ergeben mußte.“

Das jüngere Geschlecht weiß wenig von den schweren Kämpfen, in welchen seine Väter damals die Freiheit und Einheit der deutschen Nation gegen die Habsburgmacht zu erringen suchten — Kämpfe, bei denen der Ehrepreis mehr als einmal nahe in den Bereich der Volksstreiter gerückt schien, und bei denen viel kostbares, auch nicht unfruchtbar gebliebenes Blut verspritzt ward. Zahlreiche Gefechte und Schlachten hatten damals im offenen Felde stattgefunden. Von Ende Mai bis Ende Juli 1849 kritzt das Volkshör in Baden gegen die von drei Seiten auf dasselbe eindringende Truppenübermacht der kaiserlichen Reaction, bis mit der Uebergabe Raistatt's das letzte Bollwerk der Freiheit fiel.

Kaum waren am 23. Juli die Thore der Festung Raistatt geöffnet, als die gesamte Besatzung — im Widerspruch mit dem, was ihr die Unterhändler als die Bedingungen der Uebergabe angekündigt hatten — entwaffnet und gefangen in die Kasematten gebracht wurde. Am 31. Juli begannen dann die standrechtlichen Hinrichtungen, als deren erstes Opfer eines der edelsten tapfersten Herzen, Max Dautz, blutete.

Vom 31. Juli bis Ende October dauerten die Standrechtsgräuelt fort. Gleichwohl im vorhergehenden Jahre Robert Blum auf der Vergütungsau sein Leben hatte ausschauen müssen; gleichwie Meisenbauer, der Oberkommandant von Wien, mit Becker, Jellinek und vielen anderen Opfern der Blutgerichte des Hauses Habsburg für die Sache der Freiheit fielen, so erfolgte in Baden die standrechtliche Hinrichtung eines anderen Mitgliedes der deutschen National-Versammlung, W. A. Trapp's; ferner Liebmans, des Oberkommandanten in Raistatt, Böning's, Streuber's und zahlreicher anderer Opfer. Es waren ihrer achtundzwanzig, — nämlich solcher, die durch ständliches Urtheil den Tod erlitten. Sie alle starben den Tod Robert Blum's.

Die Masse der damals in Baden Eingekerkerten stülte sämmtliche verfügbare Kasematten, alle Gefängnisse und sonstige geschlossenen Räume des Landes — und gleichwohl wußte man sie nicht sämmtlich unterzubringen. Auch Frauen wurden wegen Betheiligung am Auf-

*) Als Legtes, nicht Geringstes.

stande — der, durch das Heer begonnen, von der ganzen Bevölkerung durchgeführt worden war — vor die Gerichte gestellt. Gegen Verstärkte wurden häufig Prügel angewendet. Das Vermögen der Besessenen und Flüchtigen wurde eingezogen. Die Führer wurden für „heimatlos“ erklärt — darunter selbst der greise Adam von Zetstein, der Vertreter der konstitutionellen Partei, der an der Erhebung nicht theilgenommen. Zugleich wurden die Führer gesammelter Verbände zur Erhaltung von zwölf Millionen Gulden Kriegskosten verurtheilt. Die Zahl derer, die aus dem Lande flohen, war größer, als es in anderen unterjochten Ländern bei dreifach stärker Bevölkerung der Fall gewesen war. In Folge dessen sank die Bevölkerungszahl in Baden und war noch lange über ein Jahrzehnt geringer, als sie vor der „Wiederherstellung der Ordnung“ gewesen.

Die Schrecken Alba's waren in dem unglücklichen Lande wiederholt worden.

Der Autor dieser zahnigen (von uns nur theilweise abgedruckten) Darstellung, der es versteht, einen langen Leidartikel über Raistatt zu schreiben, ohne den Namen des Prinzen von Preußen (jetzigen deutschen Kaisers) zu nennen, ist natürlich kein anderer, als Herr Karl Blind. Wir dürfen das mit völliger Gewißheit aus dem „Urtheilspruch des Obertribunals der öffentlichen Meinung“ schließen, welchen Herr Karl Blind in der uns vorliegenden Zeitschrift „Der deutsche Eidgenosse“ — einem gar lustigen Curiosum — von 15. März 1866, Seite 197—200, „In Sachen des Volkes gegen den König von Preußen“ veröffentlicht hat. Dieser höchst drohliche, bersehterwuthamende und für das kindische Wesen des „Revolutionärs“ Blind überaus bezeichnende „Urtheilspruch des Obertribunals der öffentlichen Meinung“ zählt in 26 „In Anbetracht's“ die Thaten des preussischen Königs auf, und gedenkt dabei der Details der Badischen Ereignisse in derselben Reihenfolge wie der obige Londoner Brief der „Rheinischen Zeitung“, nämlich in folgender Weise:

„9. In Anbetracht, daß der Prinz im folgenden Jahre als Oberbefehlshaber einer königlichen Reaktions-Armee nach der Rheinpfalz und nach Baden einbrang, wo das Volk zum Schutz der treuebliebenden Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung und zum Zweck der Nothwehr gegen ein weit verzweigtes Komplott . . . deutscher Fürsten sich erhoben hatte; und daß der Prinz sich dadurch eines . . . gegen die 1848 proklamirte, von den Fürsten damals selbst anerkannte Volkssouveränität schuldig gemacht hat; —

„10. In Anbetracht, daß der Prinz sowohl in der Feldschlacht, wie durch nachträgliche massenhafte standrechtliche Erschießungen gesetzofer Weise eine große Menge der besten Freiheits- und Vaterlandsfreunde widerrechtlich vom Leben zum Tode gebracht; —

„11. In Anbetracht, daß die massenhafte Einschleppung und Niedermetzelung der in der Festung Raistatt durch freiwillige Uebergabe in die Hände des Prinzen gehaltenen Gefangenen eine . . . Verletzung einer von dem Prinzen gemachten Zusage war; —

„12. In Anbetracht, daß somit die Hinrichtung jener Kriegsgefangenen nicht bloß ein Akt der Barbarei, sondern zugleich ein Verbrechen an der Ehre war; —

„13. In Anbetracht, daß die Hinrichtung des Mitgliedes der deutschen Nationalversammlung, W. Trapp's, eine Missethat und Mordthat war, die nur an der Ermordung Robert Blum's ihres Gleichen findet, gegen welcher letzteren Akt die ganze gebildete Welt ihren entrüsteten Protest eingelegt und ihren Fluch geschleudert hat; —

„14. In Anbetracht, daß unter der . . . Herrschaft des Prinzen von Preußen in Baden Männer wegen ihrer Freiheitsgesinnungen gepeitscht und Frauen sogar wegen Pflege der Verwundeten zu Nachhausestrafen verurtheilt wurden; —

„15. In Anbetracht, daß das . . . Schreckenregiment unter den Auspicien des Prinzen während mehrerer Monate systematisch in Baden fortgesetzt, daß Tausende an Hab' und Gut geschädigt und ruinirt wurden, und das Land in Folge dieser Vorgänge allmählig eine solche Entvölkerung erlitt, daß noch fünfzehn Jahre nachher, die Bevölkerung geringer war, als im Jahre 1849; —

„16. In Anbetracht, daß ein solches Verfahren fast beispiellos in der Geschichte dasteht und nur mit den Thaten Alba's verglichen werden kann; —

Man ersieht hieraus, daß Herr Blind je nach Bedürfnis zu schreiben versteht, confidenciellich und unconfidenciellich.

Der Londoner Strike, — denn nachdem die Meister ihre Werkstätten wieder geöffnet haben, kann man von einem lock out*) nicht mehr reden — dauert fort; alle im Bauwesen beschäftigten Arbeiterbranchen, mit Ausnahme der Masons, haben sich zu gemeinschaftlicher Aktion geeinigt und ein „verbündetes Comité (joint committee)“ gebildet, das den Kampf zu führen hat. Die Arbeiter bei allen Meistern, welche die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt haben, stehen vollständig still; und obgleich die Meister sich bisher geweigert haben, mit dem Arbeitercomité zu unterhandeln, so scheint doch, verschiedenen Anzeichen nach zu urtheilen, ein Compromiß auf Grund der Kenntnissarbeit und einer Lohnhöhung von 8 auf 8 1/2 Pence (8 1/2 sind den Masons bereits bewilligt, 9 sind gefordert) Aussicht auf beiderseitige Annahme zu haben. Die Unterstellungen für die Ausständigen laufen sehr reichlich aus.

Der englische Ballot-Schwindel, resp. die englische Schwindel-Ballotbill hat Gnade gefunden vor den Augen des Herrn Bras. Er widmet ihr in seiner „Norddeutschen Allgemeinen“ einen längeren Artikel, der von Verwunderung für die „hochwichtige“ Maßregel überfließt, die „vorausichtlich Folgen für die allgemeinen Verhältnisse Europas haben dürfte.“ Es klingt dies fast so — und darum berücksichtigen wir den Artikel hier — als ob die Brodgeber des Herrn Bras eine rühmliche Heilsmaßregel für Preussisch-Deutschland im Schilde führten. Jedensfalls haben sie von den Engländern im Punkte des Parlamentarismus noch sehr viel zu lernen. Während die englischen Regierungskünstler den Parlamentarismus, wie sich

*) Wird Lock out (nicht Lock out) ausgesprochen.

bei der Ballottbill so glänzend gegirgt hat, mit Erfolg dazu benutzen, dem Publikum ein werthloses Stückchen Papier als baare Münze, ein pappdeckelnes Theatergericht als satigen demokratischen Braten aufzuschwägen, dient der Parlamentarismus den ungeschickteren Berliner Kollegen nur dazu, ihre absolutistische Natur bei jeder Gelegenheit tollpatschig zu vertragen. Doch, wie schon angedeutet, dem Artikel der „Norddeutschen“ nach zu urtheilen, scheint man in Berlin jetzt etwas lernen zu wollen. Da die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, gleich allen übrigen uns zu Gesicht gekommenen Blättern, den fakultativen Charakter der Ballottbill hartnäckig verschweigt, so sei ausdrücklich wiederholt, daß die Bill die geheime Abstimmung nicht Jedem zur Pflicht macht, also nicht kompulsorisch oder obligatorisch ist, sondern daß es dem Abstimmenden freigestellt ist, ob er geheim oder öffentlich abstimmen will. Es bleibt folglich in der Hauptsache Alles beim Alten, nur mit dem Unterschiede, daß Anfangs Mancher „hereinfallen“ wird, der die Ballottbill für Ernst nimmt und nicht begreift, daß es nur ein Schwindel ist und — eine Falle. —

Einen weiteren Beitrag zur Geschichte des parlamentarischen Komödientheaters finden wir in einem höchst interessanten Londoner Briefe der „Deutschen Ztg.“, der das Zusammengehen der Conservativen und Liberalen, sobald es sich um das Interesse des Geldsacks handelt, schildert, und in dem es heißt:

„Es gab eine Zeit, in der Tories und Whigs beinahe die Montagues und Capulets Englands waren. Noch im Anfange dieses Jahrhunderts bestand nicht nur ein politischer, sondern auch ein sozialer Abgrund zwischen den Familien der beiden großen Nationalparteien. Jede soziale Berührung zwischen Mitgliedern beider Parteien wurde vermieden, und es kam nie vor, daß sich beide Parteien in irgend einer Abstimmung begegneten. Diese Zustände haben gänzlich aufgehört. Tories und Whigs sind jetzt die besten Freunde, und der Haß, welcher Legitimisten und Orleansiten und Conservativen und Radikale aus dem Continente trennt, ist in England verschwunden. So oft es sich darum handelt, dem Radicalismus den Boden unrettig zu machen, sind Tories und Whigs stets zusammengegangen. Diese politische Verständigung zwischen den Tories und Whigs gegen zu weit gehende radicale Tendenzen findet stets unter den Auspicien der Regierung statt. Es gibt aber eine andere Solidarität zwischen Whigs und Tories, die sich sehr häufig trotz der Einwendungen des Premierministers geltend macht, und die namentlich eintritt, wenn es sich um soziale Fragen handelt. Als Gladstone im Laufe der vorigen Session den Antrag stellte, daß die Wahlkosten von den Grasschaften und nicht von den Candidaten getragen werden sollten, vereinigten sich Whigs und Tories, um diesen Antrag, dessen Annahme die Thore des Parlamentes armen Candidaten geöffnet hätte, mit einer großen Majorität zu verwerfen. Es giebt bekanntlich in England nicht nur keine Bezahlung der Parlamentsmitglieder, sondern die gesetzlichen Kosten, welche die Candidaten zu tragen haben, sind, selbst wenn keine Gegenandidaten auftreten, nie geringer als zweihundert Pfund Sterling, und im Falle einer Konkurrenz haben sich dieselben bereits auf vierhundert Pfund Sterling für jeden Candidaten belaufen. Sobald es sich daher darum handelt, dem Parlaamente seinen jetzigen Charakter einer Vertretung großer materieller Interessen zu wahren, hört aller Parteiuerschied auf. Derselbe Solidarität des Reichthums und des Monopols gilt auch in Bezug auf Steuer-Reform, und dies geht so weit, daß die Bodensteuer noch jetzt in England nicht höher ist als zur Zeit Pitt's und daß nichts schwieriger wäre als die Abschaffung von Pfänden und Pensionen, an deren Vertheilung Whigs und Tories gleichmäßig interessiert sind. Der rein conservativen Charakter des englischen Parlamentes zeigt sich aber am meisten auf dem sozialen Gebiete. So groß auch Gladstone's Einfluß sein mag, so gilt derselbe bloß hinsichtlich politischer Fragen. Was diese letzteren betrifft, so kann er gewiß sein, daß seine Partei blindlings für Alles stimmen werde, was er beantragt. Sobald aber eine politische Frage einen sozialen Beigeschmack hat oder, sobald es sich um rein soziale Fragen handelt, gibt es nur eine Partei im Parlaamente, und diese ist konservativer Natur, sie sträubt sich so lange gegen eine Umänderung, als der Druck von Außen fehlt. Es wäre Gladstone unmöglich, irgend eine soziale Reform durchzusetzen, wenn er sich nicht gelegentlich auf populäre, außerparlamentarische Elemente stützen und auf diese Weise seinen parlamentarischen Anhängern imponiren würde. Man hat sich vielleicht im Auslande darüber gewundert, daß Gladstone Arbeiter-Deputationen aller Art empfängt, sich von denselben interpelliren läßt und ihnen seine Politik erklärt. Wenn er nicht auf diese Weise den volkstümlichen Pöppel den reichen Parlamentsmitgliedern von Zeit zu Zeit vorhalten würde, wäre jede soziale Reform unmöglich.“

Die Minenarbeit-Regulirungs-Bill, welche soeben die Aufmerksamkeit des Parlamentes in Anspruch nimmt, hat diese anti-sozialistische Färbung des englischen Unterhauses am klarsten an den Tag gelegt. Die liberale Partei hat während der letzten Zeit fortwährend gemurmelt, daß diese Bill, welche den Arbeitern in ihren Beziehungen zu den Bodenschatzgrübern Recht giebt, wegen des Widerstandes der Tories in der vorigen Session nicht zum Gesetze erhoben worden sei. In allen Glaubensbekenntnissen hatten die liberalen Candidaten sich verpflichtet, den Minenarbeitern Gleichberechtigung widerfahren zu lassen. Auf der anderen Seite hatten die Tories Herrn Gladstone während der Parlaaments-Vertagung zum Vorwurfe gemacht, daß er diese Bill, welche schon die Thronrede der letzten Session angekündigt hatte, seinen niedrigen Partei-Intriguen geopfert habe. Dieses Jahr figurirte die Minen-Bill abermals in der Thronrede, und da Disraeli im Originalpalais für seine Partei das Verdienst beanspruchte, die „Factory Acts“, d. h. die Gesetze zum Schutze der Arbeiter und namentlich der arbeitenden Kinder und Weiber, durchgesetzt zu haben, so konnte man consequenterweise erwarten, daß die Tories diese erste Gelegenheit, soziale Reformen einzuführen, benützen und für das Minen-Gesetz stimmen würden. Die liberale Partei ihrerseits hatte lebhaft gegen Disraeli's Behauptung, daß die Fabrikengesetze der Initiative der Tories zu verdanken seien, protestirt. Sie hatte nachgewiesen, daß in den großen parlamentarischen Kämpfen, welche in England zwischen 1830 und 1847 für den Schutze und die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen stattgefunden hatten, die Reform der Gesetzgebung auf diesem Gebiete der Whigs zuzuschreiben sei. Man hätte also annehmen können, daß diese Rivalität beider Parteien, von denen eine jede für sich das Verdienst der sozialen Reform beanspruchte, die Annahme der Minen-Bill sichern würde. Unter allen Umständen konnte man erwarten, daß die Abstimmung über diese Bill sich in eine Parteistrage verwandeln und den Liberalen die Gelegenheit geben werde, für die Regierung, welche diesen Gesetzentwurf zum zweitenmale eingebracht hatte, zu stimmen. Die Abstimmung über das Amendement Staveley-Hill's, welches den Schutze der Grubenarbeiter illusorisch macht, bewies jedoch, daß es in sozialen Fragen keine politischen Parteien im Parlaamente gebe und bloß eine Vertretung von In-

teressen sich geltend mache. So lange es sich nur um eine theoretische Sympathie für die Arbeiter handelt, vereinen sich beide Parteien, das Monopol der Volksvertretung zu besitzen. Sowohl die conservative als die liberale Partei des Unterhauses rivalisiren daher in ihrer Sympathie für die Minenarbeiter, so lange dieses Mißleid nicht kassirt. Gladstone hatte aber kaum die Minen-Bill eingebracht und dieses Mißleid auf die Probe gestellt, als es sich zeigte, daß in sozialen Fragen die Führer beider Parteien machtlos seien. Die „Ball Mall Gazette“ hat sehr richtig nachgewiesen, daß die Mitglieder, welche ein Interesse in Minen besitzen, ihre Unterstützung denjenigen geben, welche das Eisenbahn-Monopol vertreten und daß eine Solidarität zwischen allen Männern im Parlaamente besteht, welche das Kapital gegen die Arbeit zu verteidigen haben, in welcher Form diese Frage auch aufsteht, und die conservative und liberale Aristokratie (Herrschaft des Reichthums) eine Freimaurer-Genossenschaft bilde, welche eine um so größere Bedeutung gewinnen werde, als politische Fragen mehr von sozialen Fragen in den Hintergrund gedrängt werden.“

Man sieht aus dieser Schilderung, daß der Parlamentarismus sich überall gleich bleibt; in England wie in Deutschland das selbe Coletiren des Liberalismus mit dem Volke, so lange sich dieses leithammeln läßt, — aber auch hier wie dort der Rückzug der „Liberalen“ ins reaktionäre Lager, sobald die Forderungen des Volks ernstlich verwirklicht werden sollen. Und wie Herr von Bismarck es versteht, Junker und Fortschrittler so zu dirigiren, daß sie an seinem Strange ziehen müssen, so macht es auch Herr Gladstone mit den Tories und Whigs. —

Die Versailler Hecker arbeiten an ihrem Werke ungeschwächt fort. In voriger Woche wurden wieder 4 Communemmitglieder hingerichtet, so daß die Zahl der bis jetzt auf kriegsgerichtliches Urtheil hin Hängarten 17 beträgt, inbeß noch 22 zum Tode Verurtheilte im Gefängniß Roailles ihres Schicksals harren. —

Der Spanische Gottlieb hat Feinde, wo wir sie nimmer vermuthet hätten. Nach der „Spener'schen Zeitung“ ist er durch die Preussische Regierung und zwar in feierlichster, keinen Zweifel zulassender Weise von „der Theilnahme des Königs und Heldenkaisers Wilhelm am jüngsten Attentat“ unterrichtet worden! Stünde es nicht im vornehmsten der offiziellen Berliner Blätter, im Hofblatt par excellence, wir würden nie die majestätsbeleidigende Frechheit gehabt haben, an einen so haarsträubenden Greuel zu denken, geschweige denn den Gedanken auszusprechen. —

Zwei unserer Parteigenossen, der Redakteur der „Demokratischen Ztg.“, Lübeck, und der Redakteur des „Färther demokratischen Wochenblatts“, Remminger, haben in voriger Woche je einen „Majestätsbeleidigungsprozeß“ aufzuhals bekommen.

Die „Chemnitzer Freie Presse“ bringt unterm 27. Juli einen sehr beachtenswerthen Artikel „Unsere Inhaftirten“, in dem sie anlässlich des gegen unsere Hubertusburger Gefangenen erlassenen Verbots der journalistischen Thätigkeit an Folgendes erinnert:

„War man doch in der Zeit der schlimmsten Reaction, in den fünfziger Jahren, in dieser Beziehung viel coulanter, wo z. B., wenn wir recht unterrichtet sind, der Redakteur der „Dresdner Zeitung“, Dr. Frischie, während seiner Gefangenschaft die Erlaubniß hatte, tagtäglich zu gewissen Stunden in Begleitung eines Gerichtsbeamten nach der Druckerei seines Blattes zu gehen, um diejenigen Redaktionsgeschäfte, welche sich in seiner Zelle nicht bewerkstelligen ließen, vorzunehmen und — der bestehende Staat und seine Organisation sind darüber nicht zu Grunde gegangen. Sollte er jetzt etwa auf schwächeren Füßen stehen?“

Bezüglich der in Chemnitz inhaftirten Most und Lyster heißt es in dem gedachten Artikel: „Ihre Lage hat sich seit Anfang der Haft sehr verschlechtert. Sie waren zuerst im „rothen Thurm“ vereint und sind jetzt von einander getrennt; wir fragen: warum? Glaubte man, es werde ihnen zu wohl werden, wenn ihnen der Genuß gegenseitiger Unterhaltung gewährt würde. — Berücksichtigen wir dabei noch, daß zu gleicher Zeit die Entziehung der Zeitungen und eine beinahe absolute Beschränkung des Verkehrs mit der Außenwelt erfolgte, so erscheint es klar, daß mit allen diesen Maßregeln eine Verschärfung des Strafzuzugs beabsichtigt wird, die durch Nichts gerechtfertigt erscheint.“

Ein kleines Zugeständniß. 1) In der „Concordia“, dem Organ des Fabrikantenbundes, vom 25. Juli befindet sich ein Aufsatz „Ueber die Höhe des Arbeitslohns“, welcher mit dem Resümee schließt:

„Unsere Behauptung geht dahin, daß in den meisten Fällen die Arbeitslöhne, wennschon bei den städtischen Arbeitern nicht nur in absolutem, sondern auch relativem Verhältniß zum Geldwerth, höher als früher, dennoch nicht ausreichen, um dasjenige Maß von physischen und moralischen Lebensansprüchen zu befriedigen, dessen Erreichung wir selbst für wünschenswerth halten müssen.“

Wo bleiben da die „Hexer“, „Aufwiegler“ u. s. w.?

2) Der Volksparteiler Herr Sonnemann, der sich seinerzeit gegen die Basler Grundeigentumsbeschlüsse so ereizert hat, empfiehlt in Nr. 209 (Abendausgabe) seiner „Frankfurter Zeitung“ behufs Abhilfe der Wohnungsnoth „Expropriation“ des städtischen Grund und Bodens durch die Gemeinden. Zwar beruhigt er hinterher sein großbürgerliches Gewissen durch die Klausel: „Bei der Vermietung (der durch die Expropriation wieder in städtischen Besitz gelangten Grundstücke) kann natürlich von unklaren Phantasien keine Rede sein, wie sie etwa den heute öfter gehörten Phrasen von der Verpflichtung des Staats oder der Gemeinde zur Herstellung „wohlfühler Arbeiterwohnungen“ vor-schweben.“ Inbeß, das ist klar: Wenn die Gemeinde einmal zur Expropriation schreitet, so thut sie es nicht, um zu wahren, sondern um für preiswürdige, gesunde, heiliche Wohnungen zu sorgen; und hat sich die Gesellschaft erst an das „Expropriiren“ gewöhnt, so ist von der Expropriation des „städtischen“ Grund und Bodens — nur diesen saß Herr Sonnemann ins Auge; in gewisser Entfernung von der Stadt will er aber das Privateigentum am Grund und Boden unbehelligt lassen — zur allgemeinen Expropriation nur ein kleiner Schritt. Wir wollen hiermit Herrn Sonnemann keineswegs für den Communismus anerkennen, aber ihm zeigen, daß das Geschrei der Volksparteiler gegen die Basler Beschlüsse von zwei Jahren sehr überflüssig war.

Leipzig. Herrn Hans Blum, der seit dem Hochverrathprozeß nichts von sich hören ließ, — ausgenommen, daß er eine Leipziger Aktienschwindelgesellschaft, deren Notar er nicht war, befehdelte — hat es vor Kurzem wieder einmal gejuckt und darum suchte er sich zu „krägen“ — nicht an den Sozialdemokraten, die ihm schon so viel zugelegt, sondern an einem sehr ehrbaren bürgerlichen Demokraten, Herrn Herrmann Bogert, der den „Nationalen“ wegen seiner unparteiischen, zum Theil sehr werthvollen Kriegscorrespondenzen für die „Frankfurter Zeitung“, deren Mitredakteur er bis vor einem Jahr war, ein Dorn im Auge ist. In einem „Grenzboten-Artikel“ war dem „Neuen Fremdenblatt“ in Wien, dessen Redakteur Bogert jetzt ist, vorgeworfen worden, daß es sich vom Ministerium für seine Dienste bezahlen ließe. Daraufhin nach dem Verfasser dieses Artikels befragt, gab Blum Herrn Bogert eine ausweichende Antwort, deren Redaction in vollster Harmonie mit dem sonstigen Benehmen des Hochverrathprozeß-Dennunzianten steht, und worauf Herr Bogert in einem „offenen Briefe“ unter Andern Folgendes erwiderte:

„Ich appellire nicht an die Leipziger Richter, sondern an das deutsche Publikum, vor dem Sie mich angeklagt. Doch bin ich weit entfernt, mich rechtfertigen zu wollen; gegen Verleumdungen verteidigt man sich nicht, es genügt, dieselben in ihrer Erbärmlichkeit zu kennzeichnen. Am allerwenigsten sühle ich mich berufen, Ihnen gegenüber meinen Patriotismus zu verteidigen. Ich könnte Ihnen zahlreiche Zeugnisse aus allen Theilen Deutschlands anführen, durch welche mir Dank und Anerkennung ausgesprochen wird, für das, was ich gerade im letzten Kriege, oft mit Gefahr des Lebens, in deutscher Sprache für Deutsche gethan. Aber mit einem Reactionär und Apostaten über Vaterlandsliebe streiten zu wollen, wäre mehr als lächerlich. Daß Sie Beides, Reactionär und Apostat sind, wissen Sie selbst; sind Sie doch sogar stolz darauf.“

„In meiner Kuriositäten-Sammlung findet sich auch eine Karte, die ich vor 10 Jahren von Ihnen erhalten, als ich Sie während des Barchentages zu Freiburg l. Br. kennen lernte. Auf der Karte stehen die Worte: „Hans Blum, Student der unveräußerlichen Menschenrechte.“ An demselben Tage, wo ich die Karte von Ihnen erhielt — es war bei dem Waldstift in den Ruinen des Jähringer Schlosses, — trat ein Mann auf Sie zu, ein Rebell des Jahres 1848. Derselbe zeigte Ihnen eine vergilbte Kopie des Briefes, mit dem Ihr Vater kurz vor seinem Tode von Ihrer Mutter, Ihnen und Ihren Geschwistern Abschied nahm. Er betheuerte Ihnen, daß er den Brief als ein Heiligthum aufbewahrt und glücklich sei, den Sohn des Mannes, den er als Ideal verehrt, von Angehörigen zu sehen, ihm die Hand drücken zu dürfen. Reizliche Scenen kamen mehr als eine vor in jenen Tagen, und jedes Mal, wenn Sie an Ihren Vater erinnert wurden, warfen Sie sich in die Brust und sprachen mit selbstbewußter Miene etwa also: „Die Zeit der Rache wird kommen; ich habe gelobt, das Volk und meinen Vater zu rächen!“ Wie traurig haben Sie Wort gehalten! Rächen wollten Sie Ihren Vater, aber Sie vollendeten die Rache der Reaction, indem Sie den Namen Blum bei Ihren Segneten der Verachtung, bei Ihren Freunden der Lächerlichkeit preisgaben. Statt eines treuen Mitgliedes der Demokratie wurden Sie das Enfant terrible der Chauvinisten.“

„Und was ist das Resultat Ihres Studiums der „unveräußerlichen Menschenrechte“? Sie lernten die Rechte, für die Ihr Vater mit Wort und That eingetreten, für die er Blut und Leben gelassen, so gering achten, daß Sie nicht nur für ihre Festhaltung wirkten, sondern auch diejenigen, welche die Grundrechte verteidigten, mit Hohn und Spott überschütteten. Und so cynisch gingen Sie dabei zu Werke, so blindwüthig ersehten Sie gegen Alles, was sich nicht dem preussischen Sieger beugte, daß Ihre eigenen Parteigenossen sich Ihrer zu schämen begannen, als Sie nicht mäde wurden, Ihr Heimatland Sachsen mit Kohlen zu bewerkeln.“

„Fürwahr, wenn ich an das Alles denke, so sehe ich doch ein, daß ich Unrecht that, als ich über Ihre Handlungsweise gegen mich erlaube. Wie kann man von einem Manne, der in dieser Weise mit seiner eigenen Vergangenheit gebrochen, der keine Achtung hat vor den Rechten des Volkes, dem selbst das Andenken seines großen Vaters nicht heilig ist, wie kann man von solch einem Manne erwarten, daß er Achtung habe vor der Ehre eines einfachen Journalisten?“

„Mein Wort der Verteidigung komme über meine Lippen. Alles, was Sie gegen meine Ehre sagen, ist Lüge. Ich werde Sie, wo Sie mir immer begegnen, behandeln als elenden Ehrabschneider, als erbärmlichen Verleumder.“

Unseres Erachtens hat Bogert sehr Recht daran gethan, von einer gerichtlichen Klage abzusehen. Soweit wir die richterliche Praxis in Deutschland kennen, wird die Behauptung, Jemand lasse sich für seine Dienste von Fürsten, Ministern und dergl. „bezahlen“, vom Gericht nicht als Beleidigung anerkannt, wofern nicht vom Angreifer gesagt wird, daß diese Dienste selbst ehrenrührige oder verdornerische seien. Hans Blum, als Advokat, weiß dies gewiß so gut wie wir. Um so ehrloser ist es dann von ihm, wenn er, nachdem er einen Mann von Ruf verläumdet, ohne daß er gerichtlich verfolgt werden kann, ihm nicht einmal die Genugthuung verschafft, „wie die Redaktion jedes anständigen Blattes“ sie ohne Weiteres zu leisten sich beileben würde.

Berichtigung. In unserer jüngsten — beiläufig von der Berliner „Volkzeitung“, wie wir hiermit konstatiren, zum Abdruck gebrachten — Notiz über Briefdieberei (S. Nr. 59) muß der Schluß des zweitletzten Satzes lauten: — daß die Ordnung, namentlich wenn die Couverts von starkem Papier sind, mit an den Seiten erfolgt, und zwar vermittelst eines scharfen Schnitts, der, bei sorgfältiger Wiederzulebung mit Gummi, sehr schwer zu entdecken ist.“ (Anstatt: „der, selbst bei sorgfältigster Wiederzulebung mit Gummi, wohl zu entdecken ist“ — was einen ganz falschen Sinn ergibt.)

Friedrich Hartort an die Cheuer Striker.

(Vergl. Hartort's Proclamation in Nr. 57 d. Bl.)

Hört Kinder Guren Vater,
Der allezeit ein treuer Ruther
Gures Wohls und Wehs ist.
Will Euch jetzt mit woen'gen Zeilen,
Eine Strafreaction ertheilen,
Aber — daß Ihr's glaubten müßt!

Ihr beschloßen trotz Bedenken,
Damaß Euch ein Recht zu schenken,
Das der freien Coalition.
Aber ach, wir müssen schauen,
Ihr entpfecht nicht dem Vertrauen,
Undank ist jetzt unser Lohn!

Wohin soll das Opponiren
Gegen Arbeit schließlich führen,
Wenn kein Wob mehr schaffen mag?
Kommet friedlich und sehr billig
Und die Herren kommen willig
Den gerechten Wünschen nach!

Doch statt friedlich zu beraten,
Laßt Ihr mit den Demokraten,
Agitirt in Wort und Schrift!

*) „Wie die Redaktion jedes anständigen Blattes“ — sagte nämlich Herr Blum in seinem Briefe an Bogert — „werde ich den Verfasser des Artikels nicht nennen.“

*) Daß der Wähler sich „ausdrücklich zu erklären“ habe, ob er sein Botum geheim abgeben will oder nicht, wie in letzter Nr. des „Volkstaats“ gesagt wurde, ist allerdings ein Irrthum. Das Gesetz führt die geheime Abstimmung ein, stellt es aber Jedem, der öffentlich abstimmen will, frei, dies zu thun. Freilich kommt das genau auf Dasselbe heraus. Es beharrt keiner Auseinandersetzung, daß diese „der persönlichen Freiheit dargebrachte Huldigung“ den ganzen Zweck des Ballotts erreicht. Der Besetzungsgelehrer angenommen hat, oder in ökonomischer und politischer Abhängigkeit steht — und sich weigert, von seinem „Recht“ der öffentlichen Abstimmung Gebrauch zu machen, wird einfach so betrachtet, als habe er gegen den von seinem Besetzer, Fabricanten, Grundherrschaft u. s. w. vorgeschriebenen Candidaten gestimmt, und er hat die Folgen zu tragen — gerade wie jetzt. Corruption und Wahlbeeinflussung werden also in der bisherigen Ueppigkeit fortwähren.
*) 1 Pfund Sterling = 6 Ltr. 20 Sgr.

Wichtig lauscht Ihr jedem Sprecher.
Und wie Socrates den Beher.
Schürft Ihr des Wortes Gift!

Und was wollen diese Seelen?
Sich auf weiche Lager strecken,
Sausen, Schwelgen ohne Raab.
Nicht wie Johann in der Wäste,
Der den Hunger froh begrüßte —
Nein, sie fressen Kananad!

Euch besetzt ein gleiches Streben,
Will Euch gleich ein Beispiel geben:
Geht zum Wochenmarkt und schaut,
Wie die Weiber sich d'rum rauen,
Alles Beste wegzustauen,
Peterfil und Suppentraut!

Schaut, wenn Ihr die Kneipen füllet,
Menschentende Lieder brüllet,
Saut und schwelgt in Ueberflut!
Nahet der Dämon zum Verbrechen,
Kasternäpplein, Messerhaken
Gilt als höchlichster Genuss!

Ja das Schlimmste will ich schildern,
Ihr seid fertig zum Bewildern.
Schlimme Zeiten seht ich nah'n! —
Hei'ger Wanstrop, Fall und Wähler
Bringet unsre Hungerkühler
Wieder auf die rechte Bahn!

So, jetzt habe ich gememdet,
Hab' nach Herzenslust geschändet.
Und was sagt Ihr zu dem Big?
Hab' ich nicht mit meinen Klagen
Eulen nach Athen getragen,
Ich, „Westphalens alter Feig“!

(„Unser Feig“ leise für sich)

Hol' der Kukul diesen Bödel!
Hab'n wir Liebnecht doch und Bebel
Glücklich auf Kubertsburg.
„Aber weh“, trost Mar und Dunder,
Trot dem „genialen“ Junker
Bogt sich doch die Wahrheit durch!

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Mainz, 24. Juli. Wie bereits in Nr. 47 des „Volkshaar“ angegeigt wurde, ist unser Streik siegreich beendet. Zur Ergänzung fügen wir noch hinzu, daß wir diesen Sieg lediglich unserer Ausdauer und der unter uns herrschenden Einigkeit zu danken haben. Die Fabrikanten boten zwar alles Mögliche an, um uns einzuschüchtern und uneinig zu machen; als sie aber sahen, daß Alles nichts half, gingen sie an, mit uns zu unterhandeln. Zuerst boten sie 10, sodann 15%. Diese 15% nahmen wir mit der Klausel an, die weiteren verlangten 5% zu Neujahr 1873 zu beanspruchen. Sodann haben wir auch noch einen Mißstand beseitigt, welcher ebenfalls sehr schädlich war, nämlich die Prämienzahlung bei so und soviel verfertigter Arbeit, sowie daß diese Prämien nach geleisteter Arbeit auszubezahlt werden müssen und nicht, wie gewöhnlich, im Winter, wo man uns wegen schlechter Geschäftszeit immer abgezogen hat. Nachträglich haben wir noch zu bemerken, daß eine hiesige große Fabrik ohne Streik die 15% Lohn-erhöhung ihren Arbeitern bewilligt hat. Der betr. Fabrikant sah ein, daß mit einer vereinigten Corporation nicht zu spaßen ist. Wir haben also hier in Mainz durch die Vereinigung der Arbeiter schöne Siege zu verzeichnen und wir werden nicht eher ruhen, als bis unter Vereinigung sämtlicher Arbeiter unserer Branche zusammengestellt, sodas wir sagen können: 8 bis 900 Mainzer Schuhmacher gehören der Union an.

Arbeiter aller Branchen! Unsere Hauptbedürfnisse sind: Einigkeit, Mut, Ausdauer und Redt. Sind wir auf diese Weise ausgerüstet, dann können wir uns in einen Kampf mit dem Kapital einlassen und schließlich auch zu einem Sieg gelangen.

Mit sozial-demokratischem Gruß
W. Fuchs.

Abrechnung vom Streik der Schuhmacher in Mainz.

Unterstützungen aus Mainz: von den Arbeitern der Schuhmacherei Fabrik, erste Sendung durch Baden, Bonill und Diehl: 24 fl. 48 kr., Dietl 1 fl., Konrad 2 fl., Ruf 30 fr., Gaud 2 fl., Widner 1 fl., Edelmann 1 fl. 10 kr., Müller 30 fr., Petno 30 fr., Werle 18 fr., von den Arbeitern der Lützendorfer Fabrik d. Gaud und Leichte 8 fl. 45 kr., Ungenamt 2 fl. 30 fr., G. Müller 30 fr., Köhne 1 fl., Bilib 2 fl. 10 kr., aus der Stumpfen Werkstat 1 fl. 45 kr., von den vereinigten Schlossergesellen durch Andra 5 fl. 12 kr., Schwab 35 fr., Rinf 1 fl., Pöschle 1 fl., aus einer Schreiner-Werkstatt durch Germain 8 fl. 48 kr., zweite Sendung von Schuhmachern's Fabrik durch Baden und Keller 19 fl. 35 kr.

Von auswärtig: von Vordemann aus Wiesbaden 36 fr., von Weimar durch Scholz 4 fl. 29 fr. (2 Zhr. 17 Gr.), von Offenbach durch Mühl, erste Sendung 6 fl. 30 fr., zweite Sendung 22 fl., von Frankfurt a.M. durch Imhof 9 fl. 18 fr., von Hannover durch B. Schulz 14 fl. (8 Zhr.), von Kassel durch Gabel 11 fl. 29 fr. (6 Zhr. 17 Gr.), von Erfurt durch Kubold 8 fl. 45 kr. (5 Zhr.), von dem allgemeinen Schuhmacher-Verein aus Pest durch Brandt 9 fl. 18 fr. (9 fl. Papier d. W.), von Badenheim durch Reigner 9 fl. 42 fr., von Stuttgart durch Schnee 15 fl., von Karlsruhe durch Kümme 3 fl. 30 fr., von Wiesbaden durch Wenige 29 fl. 59 fr. (17 Zhr. 4 Gr.), von Darmstadt durch Kammer 6 fl. — Gesamteinnahme 237 fl. 12 kr. Verloren: von Herrn Hirsch 50 fl., Metall-Arbeiter-Union 50 fl., Schreiner-Union 100 fl. Total-Summe 437 fl. 12 kr.

Ausgaben.

An Unterstützungen: 1. Reiseunterstützung 31 fl. 41 kr., 2. Streik-Unterstützung 407 fl. 11 kr., 3. an sonstigen Ausgaben, Porto, Annoncen 24 fl. 23 kr., im Summa 469 fl. 15 kr. Bleibt Deficit 237 fl. 12 kr. Dieses Deficit, sowie die Darlehen von Hirsch und der Metall-Arbeiter-Union von je 50 fl. sind aus der Kasse gedeckt. Bleibt uns also noch ein Deficit zu decken von 100 fl.

Diese Abrechnung ist geprüft und für richtig befunden von Hellmund, Dopaner, Holz, Joseph, Schwarz, Donath, Dinges und Hest. Sämtlichen Kollegen sagen wir für die uns gewährte Unterstützung hiermit unsern herzlichsten Dank. Wir versprechen eintretendenfalls unsere Schuldigkeit auch zu thun.

Mit Brudergruß

Im Auftrag: Heinrich Lehmann, Schriftführer.

Offenbach, den 24. Juli. Der Schuhmacherstreik ist siegreich beendet. Wir verlangten regelmäßige Bezahlung in allen Fabriken und 20 pCt. Lohn-erhöhung und erreichten die gleichmäßige Bezahlung und 15 pCt. Lohn-erhöhung zu dem bestehenden höchsten Lohnsatz. Die Prozente vertheilten sich nammentlich wie folgt: Bei Henschel und Comp. 45 pCt., Geh und Comp. 25 pCt., Drehschiff und Comp. und Schönhof Söhne 15 pCt., und bei den Meistern 20 bis 35 pCt., so daß jetzt in allen Fabriken und Werkstätten eine gleiche Bezahlung stattfindet.

Es wird Niemand verkennen, daß wir hier einen bedeutenden Sieg errungen haben.

Die internationale Gewerkschaft der Schuhmacher ist die erste Arbeiter-Verbindung, welche sich hierorts eines Sieges rühmen kann und ist unser Sieg um so bedeutungsvoller, als es so Manchen gab, der uns eine Niederlage wünschte. Nunmehr wird man aber wohl zugeben müssen, daß die Internationale eine gute Organisation haben. Berufsgenossen! Es wird ein Jeder die Ueberzeugung gewinnen, daß nur durch die allgemeine Vereinigung die Arbeiter im Stande sind, den Kampf gegen die Kapitalmacht anzunehmen. Tretet ein in die internationale Gewerkschaften. Die sozial-demokratische Arbeiter-Partei muß aber die Grundlage sein; denn nur durch sie werden wir unsere Menschenrechte erlangen.

Abrechnung folgt. Im Auftrag der Streikenden:

W. Köllig, Kleiner Biergrund 22.

Internationale Metallarbeiter-Gesellschaft.

Braunschweig. Zur Unterstützung der Arbeitseinstellung der Formier in Hamburg ist auch in unserm „Volkshaar“ und zwar bis in die neueste Zeit aufgeführt, und sind, wenn wir recht berichtet berichtet wurden, auch ganz bedeutende Unterstützungen für dieselben aufgebracht worden. Wohl mühen wir, daß deren Führer, z. B. Stödel u., ganz entschiedene Anhänger des Allgem. deutschen Arbeitervereins sind, denn wir hatten Gelegenheit, dies aus den Statuten des sogenannten „Deutschen Formier-Bundes“ zu erfahren. Doch waren wir tolerant genug, solche Bezeichnungen wie z. B. „Internationale Erliche“, wie unserer Genossen händige Titulatur seitens dieser Herren ist, um der Mehrzahl der streikenden Formier halber zu übersehen, da meist überall, wo Begriffe fehlen, zur rechten Zeit ein Stichwort ausschellen muß. Allein alles hat seine Grenzen, und so theilen wir denn auch mit, daß die Führer der Hamburger Formier das von unseren Genossen erhaltene Geld mit dazu bedenklich, unsere Organisation zu sprengen. Vor einiger Zeit war genannter Herr Stödel hier anwesend, und ersuchte die Formier, Mitglieder der Metallarbeiter-Gesellschaft, für obgenannten Formierbund zu gewinnen. Aufgepaßt also, und sollte Herr Stödel anderwärts Gleiches versuchen, so bitten wir dies ebenfalls und sofort zur Mittheilung zu bringen. — Uebrigens aber dem Herrn ganz entschieden den Standpunkt klar zu machen, wie wir es gethan haben.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

In der „Deutschen Mode-Zeitung“ vom August d. J. befindet sich eine Petition des Vereins „Deutsche Mode“ an den Berliner Magistrat um Ertheilung eines gewerblichen Schiedsgerichts. In dieser Petition befindet sich die kühne Behauptung, daß die Berliner Arbeitelöhne „denen von London und Paris nicht allein gleichen, sondern diese theilweise übertrifften.“ Hauptsächlich wird vom Vorstand des Allgemeinen deutschen Schneidervereins diese Behauptung ein wenig illustriert. (Bei dieser Gelegenheit wollen wir den Vorstand daran erinnern, daß wir den Anfang des Protokolls des Schneider-Kongresses noch immer nicht in Händen haben.)

Hamburg, 27. Juli. Der Strike der Sattlergehülften Hamburgs und Altona's dauert fort; wir bitten, den Zugzug fern zu halten. Briefe u. s. w. bitten wir zu senden an Halder, Borgstraße, Platz 47, Haus 1, 3. Etage.

Berlin. Nach der „Demokratischen Zeitung“ wurde am 23. Juli eine zahlreich besuchte Versammlung der Tischlermeister und Gesellen abgehalten. Die Gesellen fordern eine Lohn-erhöhung von 16% pCt., sowie eine Arbeitszeit-Reduzierung auf täglich 9 Stunden. Die anwesenden Meister erklärten sich im Allgemeinen mit den Forderungen einverstanden. Die Verkürzung der Arbeitszeit, so führten sie aus, liege ja auch in ihrem Interesse und was die geforderte Lohn-erhöhung anlangt, so werden wohl sehr wenige Meister antworten, die- selbe zu bewilligen. Herr Fischer (Meister) bemerkte: es liege hauptsächlich an den Gesellen. Diese müßten sich zusammenhalten und energisch fordern, dann würden sie schließlich etwas erreichen. Jede Bewegung müsse von unten ausgehen. Herr Karst (Meister): Die Gesellen sollten ihre Forderungen dem Altmeyer Eberhardt unterbreiten. Letztere Ansicht wurde jedoch von allen Rednern verworfen und beschlossen: Der Ausschuss der Tischler-Strikerkasse solle in den nächsten Tagen nochmals eine Versammlung einberufen, zu welcher jedoch bloß die Meister einzuladen seien. Würde in dieser Versammlung eine Verständigung nicht erzielt werden, so würde ein partieller Strike die so- fortige unausbleibliche Folge sein.

Berlin. In Folge des Besuchs der Lokomotivführer der Abkömmligen Bahnen an die ihnen vorgeordneten Direktionen um Erhöhung ihrer Gehälter und Fixirung der ihnen zustehenden Meilengelder und Kohlenprämien, war von denselben unter Anderem behauptet worden, sie könnten bei dem anstrengenden Dienst, bei der Abwechselung von Hitze und Kälte, bei der fortwährenden Fenerung es nur zu einer Dienstreise bringen, die viel länger sei, als die anderer Bahnbeamten. In Folge dessen sind die eingehendsten Recherchen veranlaßt worden. So hat man z. B. mehrere Kerze abgeordnet, die auf den Lokomotiven bei Tage und bei Nacht mit den betreffenden Beamten haben reisen müssen, um zu prüfen, welchen Einfluß auf Gesundheit und Leben die Beschäftigung der Lokomotivführer habe. Das von ihnen abgegebene Gutachten lautet ziemlich übereinstimmend dahin: „daß zu Lokomotivbeamten, die doch zumehr sehr intelligente Männer sein müßten, sehr nützer, gesunde und körperlich kräftige Leute gebraucht würden, die unterwegs mehr „zehren“ müßten, als ein anderer Beamter, daß überhaupt ihr Dienst so anstrengend sei, daß die Mehrzahl von ihnen nur bis zum 60. Lebensjahre (hiesige Zahl ist viel zu hoch gegriffen) (Reb. d. Volksh.) höchstens im Dienst sein könnte, und daß namentlich der größere Theil von ihnen, wenn sie älter würden, schwer an den Augen litte.“ Man glaubt nach diesem Ergebnis auf eine Gewöhnung des Besuchs rechnen zu dürfen.

Spandau. Nach langer Ruhe wagten es unsre „Harmonie- freunde“, die Vordereinsteller, auch einmal öffentlich auszutreten, und zwar vorerst um zu „sicheln“. Im „Anzeiger für das Havelland“, ihrem Leib- und Magenblatt, wurden alle für einen Bauverein sich Interessirenden, mithin auch wir, zu einer Versammlung eingeladen. Unterzeichnet war die Annonce: „Mehrere Interessenten.“ Ungefähr 20 unserer Parteigenossen hatten sich eingefunden. Ein gewisser Karst (sic) in aus Spandau eröffnete, leitete und referirte. Aus seinem Referat ging hervor, daß die Arbeiter erst sparen und dann bauen sollten. Mit 50 Thaler Einzahlung und einem Monatsbeitrag von einem Thaler, wovon auch die Verwaltungskosten zu decken seien, wäre schon ein guter Anfang gemacht, ein genügender Kredit fände sich dann von selbst. Nachdem noch zur Beibehaltung des Ganzen eine Rede von Schulte-Delisch verlesen worden war, erhielten auch wir, aber erst nachdem auf unser wiederholtes Drängen ein Bureau eingeleitet ward, das Wort. Fischer zunächst wies nach, daß das ganze Unter- nehmen wohl nur eine Spekulation genannt werden darf, indem viele leicht einer oder der andere dieser Herren seinen persönlichen Vortheil dabei suche. Sparen heißt aber für den Proletarier: daben, und in der Zeitzeit zu einem Hause sparen zu wollen, ist gradezu lächerlich. Die Kapitalisten hingegen haben wohl alle Ursache, nichts zur Vereinerung der Wohnungs- noth, aus der sie sehr viel Geld herauszuschlagen können, zu thun. Er, Rechner, rathe den Arbeitern, vorzüglich zu sein und lieber in die sozial-demokratische Arbeiterpartei einzutreten. Ferner wies nach, daß dies nicht, wie Referent behauptet, Selbsthilfe, sondern Massenhilfe sei, und er begreife nicht, wie die Anhänger der wahren Selbsthilfe dies mit ihren Anschauungen vereinigen könnten.

Dies ganze Vordereinstellen scheint auch richtig in's Wasser gefallen zu sein.

Später haben die Herren sich in einer öffentlichen Ortsverbands- Versammlung den „Würegengel“ Nathan aus Berlin verschrieben. Kayser (Berlin) und Andere haben ihn aber gründlich heimgeschiedt.

Hamburg, den 25. Juli. Bei meiner Rückkunft vom Braunschweigiger Arbeitertage, über dessen ausgezeichneten Verlauf und voranschicklich noch besseren Erfolg wohl ein Braunschweiger Parteigenosse kurz berichten wird, fand ich folgende Einladung vor:

Herrn Vor!

„Das Komitee der streikenden Tischler in Hamburg stellt an Sie das Ersuchen, zu dem am Dienstag den 23. Juli, Abends 8^{1/2} Uhr, im Alcazar St. Pauli stattfindenden allgemeinen Tischler-Versammlung mit der Tagesordnung: „Berichterstattung über den bisherigen Verlauf des Streikes, insbesondere das Vorgehen der Hr. Th. York und H. Somann“ erscheinen zu wollen.“

„Bedeutend auf die Annonce ist es wohl selbstverständlich, der Einladung Folge zu leisten.“

Zu dieser Einladung, wenn man das Ding so nennen kann, habe ich folgendes zu bemerken:

Obgleich ich den Leuten das Recht nicht zuerkenne mich zur Rechenschaft zu ziehen und obgleich ich nicht Lust habe, mit solchen Leuten mich herumzustritten, würde ich doch hingegangen sein, wenn ich anwesend gewesen wäre, und wäre es auch nur gewesen um die unbekanntesten Größen von Angesicht zu Angesicht kennen zu lernen.

Uebrigens möge „das Komitee“, oder wer sonst ein Interesse daran hat, „über das Vorgehen“ von mir Auskunft zu erhalten, sich so lange bemühen, bis die Arbeitseinstellung in Hamburg zum Abschluß gebracht sein wird.

*) Wir werden in nächster Nr. nach dem „Volkshaar“ ein kurzes Referat geben.

Wir werden dann ja sehen, ob das Hamburger Komitee trotz dem vielen Geschrei auch nur das Beste für uns begehrt hat, als wir. Aber bei wenig Wille viel Geschrei — warten wir ab.

Th. Nord.

Cöln, 25. Juli. Am Sonntag, den 21. d., fand in dem Lokale des Herrn Bishoff eine Versammlung der hiesigen Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Association statt. Heinrich, zum Vorsitzenden gewählt, leitete die Verhandlungen durch einen Rückblick auf den Anschluß hiesiger Arbeiter an die Internationale ein und wies auf den bevorstehenden Kongreß im Haag hin und ertheilte dann Herrn Rittinghausen das Wort. Derselbe machte darauf aufmerksam, daß wir nicht als Verein oder Section hier tagten, sondern nur eine freie Versammlung persönlicher Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Association. Nach dem Rittinghausen kurz das Bestehen der Internationalen Arbeiter-Association erläuterte und dahin zusammengefaßt, daß der Zweck des Studiums der sozialen Wissenschaften und Einigung der Arbeiter zur Durchführung der gewonnenen Resultate sei, bringt Redner den Beschluß des Generalraths bezüglich des diesjährigen Kongresses zur Vorlesung („Volkshaar“ Nr. 53). Hierauf beleuchtete er die Organisationsbedingungen verschiedener Sektionen und zeigte, daß die eine Richtung besonders darauf ausgehe, die Internationale in zusammenhängende nationale Gruppen aufzulösen. In der hierauf folgenden Pause meldeten sich viele Arbeiter als Mitglieder der internationalen Arbeiter-Association. Der Vorsitzende Heinrich plädierte für Beibehaltung der bisherigen Organisation, alle übrigen Redner sprachen sich in gleichem Sinne aus. Hierauf wurde einstimmig beschloffen, den Kongreß im Haag zu beschicken und Herr Rittinghausen mittelst Stimmzetteln mit 67 von 80 Stimmen zum Delegirten ernannt. Ein Antrag Rittinghausen's, dahin zu wirken, daß auf einem der nächsten Kongresse der Internationalen Arbeiter-Association die leitenden politischen Prinzipien festgelegt würden, wurde einstimmig angenommen. Nachdem noch Schumacher in klarer Weise das internationale Prinzip erläutert, und die Versammlung begeistert in ein Hoch auf die Internationale einigestimmt, wurde jene vom Vorsitzenden geschlossen. — Wir haben gute Aussicht, auch in einigen Nachbarorten Mitglieder für die Internationale zu werben, welche dann ihrerseits sich auf dem Kongreß betheiligen lassen werden.

G. K.

Breslau. Tischlerstreik. In Breslau, der Wiese Ferdinand Casalle's, sind die Tischler in die soziale Bewegung eingetreten; die am 6. April d. J. gebildete Widerstandskasse „Breslauer Tischler“ zählt gegenwärtig 600 Mann, die übrigen Tischler folgen in Kürze; am 21. d. M. sind unsere Forderungen 25% Lohnerhöhung und 9^{1/2} Stunden Arbeitszeit per Articulat den Meistern durch eigens in jeder Werkstatt gewählte Delegirte zugestellt worden; die selbige Zeit zur Verantwortung resp. zum Unterscheiden in heute abgelassen und eine heute erschienene Annonce des Innungs-Vorstands belehrt uns, daß auf Fin- vernahmen mit den Arbeitgebern nicht zu rechnen ist; der Streik dauert Montag, den 29. d. M. aus; wir sind einig, und trotz dem Kapital wie dem Meisteropfer.

Obgleich wir bisher nicht an der Spitze der Arbeiterbattalione marschirt sind, so hoffen wir, Ihr werdet uns nicht im Stiche lassen bei unseren Kämpfen mit dem Gelpcoepentium. Ihr besonders Kollegen, Tischler und Schreiner Deutschlands! haltet Jutzug fern, gebt uns Arbeitsnachweis für Abreise, und thut, was sonst in Euren Kräften steht, damit ein neuer Sieg die Arbeiterbewegung führe. Briefe und Sendungen sind zu richten an Unterzeichneten, Adresse: Tischlerberge.

Mit sozialdemokratischem Gruß: Freitag, Tischlergeselle i. A. des Komitees der Widerstandskasse.

Nalen, 24. Juli. Herr Th. Burkhardt aus Stuttgart hielt am letztvergangenen Sonntag vor dem hiesigen Arbeiterbildungs-Verein einen Vortrag über die Arbeiterbewegung, zu welchem die Mitglieder und Freunde des Vereins von hier und Wasserfallungen sehr zahlreich, auch Parteigenossen aus Schwab. Gmünd sich eingefunden hatten, so daß die Zahl der Versammelten etwa 300 betrug. — Die gründliche und klare Erörterung der Arbeiterfrage überhaupt, und die eingehende Erläuterung des Programms der sozial-demokratischen Arbeiterpartei von Seite des Herrn Burkhardt fand so allgemeinen Beifall, daß, nachdem er seinen Vortrag beendet und der Vor- stehende alle Versammelten angefordert hatte, Hrn. Burkhardt, wenn sie es vermögen, zu entgegnen, sich keiner derselben erthob. Der ansehnliche Vortrag einer Sammlung und der rasche Abgang vorhandener Schriften befähigten am Besten den guten Erfolg des Vortrags. In Folge dieser genossenen Belehrung werden mehrere Mitglieder des Vereins, welcher den früheren Vortrag des Herrn Bebel Reis in dankbarer Erinnerung bewahrt und von jeder den „Volkshaar“ in eifriger Exemplaren hält, ohne Zweifel nächstem aktiv der sozial-demokratischen Arbeiterpartei betreten.

F. Simon.

Heidelberg. Die Enthüllungen, die der „Neue Sozial-Demo- krat“ über die Person Schweigers gebracht hat, haben uns nicht nur über das gewissenlose Treiben dieses Mannes, sondern über das Treiben der gesammten in der Gießhüner Straße hausenden Gesellschaft die Augen geöffnet. Derselben Herren, die Jahre lang mit v. Schweiger halbpant gelebt haben, fallen jetzt über ihren ehemaligen Herrn und Meister her, als ob sie stets seine ärgsten Feinde gewesen wären. Erst bewilligen diese Schmarotzer Herrn von Schweiger 2500 Thaler zur Fortführung seines kuratösen Lebenswandels und dann wollen sie ihm einen Vorwurf daraus machen, daß er dieses Geld genommen hat. Ihr müßt, welchen Menschen Ihr in Schweiger an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hattet. Ihr werdet überzeugt von seiner Gefinnungslosigkeit und dennoch bewilligtet ihr ihm 2500 Thaler? Und es waren lauter verdiente Arbeiterpennige. Prüft über Euch! — Ihr habt stets gegen die Ausbeutung getrieben, Ihr aber seid die schamlosesten Ausbeuter. Wenn irgend wo, dann gilt hier das Herwegh'sche Wort: „Mann der Arbeit, aufgewacht!“ Hin aus der Arbeiterpartei mit solch unanständigen Elementen. Befreit Euch, Ihr Arbeiter, von diesen Vintegern. — Die intelligenteren Arbeiter, welche jetzt vor drei Jahren sich von Schweiger losgaben, haben damals klar eingesehen, daß ihr Geld nur für den charitablen Zeit- hammel gesteuert wurde. Diese neuen Vorgänge werden Vielen vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein die Augen öffnen und sie von dem Vertrauens-Dusel befreien. Ich will Sie, Herr Hafentever, nicht auffordern, die Angriffe des „Volkshaar“ zu pariren. Bilden Sie sich aber ja nicht ein, daß es Ihnen gelingen wird, die Wahrheit todt zu schweigen. Es ist eitel Windbeutel, wenn Sie sagen: „Wir ver- gelten nicht Böses mit Bösem.“ Wären die Angriffe im „Volkshaar“ wirklich ungerecht, dann wäre es umso mehr Pflicht der Herren in Berlin, ihrer früheren Desoje getreu, zu lämpfen.

„Aug' um Auge, Zahn um Zahn.“

Ein ehemaliges Mitglied des

„Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“.

Aus dem jüdischen Bayern. Mit Freude kann ich den Par- teigenossen allerorts berichten, daß auch wir Fortschritte in der Arbeiter- bewegung zu verzeichnen haben. Der 14. Juli war für die Sozial- demokratische Bewegung ein wahrer Feiertag. Er fand nicht bloß die alten, auf kurze Zeit getrennten Kämpfer Scheil, Franz*) Tauscher u. z. gemeinsamem Streben vereinigten, sondern er zeigte auch, daß das Bemühen gewissenloser Abenteurer, die Arbeiterbewegung darauf zu zersplittern, nicht gelungen ist. Es zeigte sich im Gegentheil, daß der Vorposten unter den Münchner Arbeitern durch die kräftige Agitation Scheil's mächtig zu erwachen beginnt. An diesem Tage fand nämlich das acht Tage vorher durch Polizei-Fürsorgern verordnete Arbeiterfest statt. Von Auswärts hatten sich starke Deputationen aus Augsburg, Lechhausen und Landsberg eingefunden. Die auf Sonntags halb 10 Uhr anderamt Volksober-Versammlung war leider des- den ganzen Vortagen über herüberdrömenden Regens wegen nur mittel- mäßig (von ca. 600 Mann) besetzt. Zur Tagesordnung: „Die Moral der herrschenden Klassen und die Moral des Proletariats.“ hielt Herr Scheil einen glanzvollen Vortrag. Derselbe gliederte in drei Theile: „Der materielle Egoismus habe bisher in der Form von Thron, Altar und Geld die Völker beherrscht.“ Stets sprach man die Worte: „Obet dem Kaiser, was des Kaisers ist.“ aber niemals: „Obet dem Volke, was des Volkes ist.“ Nach ihm sprach Tauscher aus Augsburg über denselben Punkt, sowie ein Herr Grün (Mit- glied der deutsch-demokratischen Partei) aus Berlin im Sinne der

*) Franz (als Blüchling in Zürich) war in dieser Lage incognito in Privatgeschäften in München anwesend und ist den bayrischen Stiebers wieder glücklich entwischt.

Einigung der Demokratie, worauf die Versammlung durch das Erscheinen einiger Schweigerlinge besetzt wurde. Einer derselben, E. K. Schneider, derselbe, welcher seinerzeit auf der Berliner Generalversammlung des „Allg. d. Arb. Vereins“ den „Proletarier“ als ein Bourgeoisblatt erklärt hatte, begann das alte Phrasengellingel von „Organisation“ und „Centralisation“ und mühte dieses ermahnen werden, zur Tagesordnung zu sprechen. Raufschreiender Beifall von den ganzen 10 Mann Schweigerlingen belohnte ihn für seine Anstrengungen. Dem Bevollmächtigten dieser wackern 10, Schneider Ortlieb, schien die Rede seines Vorgängers nicht genug gewirkt zu haben, deshalb bestieg auch er die Tribüne. Sein Vortrag bot eine fülle blühenden Unsinns, den hier wieder zu geben, mit der Raum des „Volkshaar“ zu kostbar ist. In einem und demselben Satze widerlegte er sich selbst. Nachdem er etwa eine Viertelstunde lang wie ein Verzweifelter mit Händen und Füßen geistert, begann er zu ermatten und beehrte durch Beendigung seines Raufschreies die Anwesenden von einer mitläßlichen Rede. Tauscher und Scheil erwiderten den Ebeln kurz, wobei die Schweigerlinge, als Ersterer auf die Unbedürftigkeit Schweigers zu sprechen kam, in gewohnter Weise Lärm machten, der jedoch durch die drohende Haltung der Versammlung im Keime erstickt wurde. Die Schweigerlinge haben aus dieser Versammlung die Ueberzeugung mitnehmen können, daß für preussische Regierungsagenten in München kein Boden mehr vorhanden ist.

Am Nachmittage strömten Tausende zum Arbeiterfeste in den zoologischen Garten, wo sich, von Weiter begünstigt, ein wahres Volksfest entwickelte, das selbst durch Provokation der Münchner Polizei nicht gestört werden konnte. Als nämlich die Augsburgburger und Landshuter mit flatternder rother Fahne in den Garten einzogen und von den Münchner Arbeitern mit tausendstimmigen Hochs begrüßt wurden, stürzten sich zwei Polizeikommissäre auf den Fahnenträger und verlangten die Entfernung der Fahne, widrigenfalls sie confiscirt würde. Das Fest-Komitee war ferner verantwortlich dafür gemacht worden, daß die Festrede nicht den geringsten politischen Anstrich haben dürfe. Tauscher aus Augsburg hielt deshalb, wie die „Süddeutsche Post“ sich ausdrückt, eine kurze, aber etwas stark kommunistisch angehauchte Festrede, in der er namentlich die Vereinigung der Arbeiter als das Haupterforderniß zur Erreichung unserer Ziele betonte. Nach derselben begann ein überaus fröhliches Treiben unter den Klängen zweier Musikkapellen, bei Gesang und Arbeiterliedern, Tanz u. bis in die späte Nacht. Das unsere Prinzipien in den Herzen der Arbeiter tiefe Wurzeln gefaßt, beweist, daß inmitten der Fröhllichkeit dieser Tausende (das Fest soll nach Schätzung des Wirthes 7000 Theilnehmer gezählt haben) bald da, bald dort ein Arbeiter einen Tisch bestieg und an die um ihn Versammelten eine Ansprache hielt, wobei manches wahre Wort aus vollem Herzen kam und wieder zu Herzen drang. Den Theilnehmern dieses, entgegen den Saturnalien der Bourgeoisie, vom Geiste der Freiheit tief durchdrungenen Festes wird dasselbe unvergesslich bleiben. — Am 21. Juli feierten die Sozialdemokraten Augsburgs ein feierliches Gartenfest, zu dem sich ebenfalls eine Anzahl Münchner Parteigenossen eingefunden hatte. Auch hier war die rothe Fahne der Stein des Anstoßes. Schon Tags vorher machte der Polizeikommissär in der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins bekannt, daß die rothe Fahne, wenn sie bei der Morgenpartie entfalteter werden sollte, sofort confiscirt würde. Als die Theilnehmer an der Morgenpartie sich um die Fahne sammelten, fanden sie denn auch den Weg, welchen der Zug nehmen mußte, bis an die Bürgerfriedensgrenze von der Polizei bemerkt. Man ließ die Fahne also aufgerollt bis einen Schritt über den Rasen hinaus, wo sie wahrhaftig ihre Staatsgefährlichkeit verloren hatte und ungehindert im Winde flattern durfte. Beim Gartenfeste, das in gelungener Weise verlief, wechselten Reden, Toaste, Gesang von Arbeiterliedern, Deklamationen u., in welcher letzteren sich unsere wackere Frau Linke durch begeisterten Vortrag wieder als Meisterin erwies. Die Anwesenheit der Münchner Gewerkschaften wurde zugleich zur Besprechung wichtiger Parteiangellegenheiten benützt. Mit dem Vespere, stets dafür zu wirken, daß die beiden Schwesterstädte Augsburg und München auch ferner innig aneinandergeschlossen vorwärts gehen sollen in der Kampfe für die Menschenrechte, trennten sich die Freunde. Mögen sie Wort halten zum Heile des Proletariats!

Veitpig. Zum Prozeß Urban. In Nr. 49 d. Bl. hatten wir mitgeteilt, daß Liebnecht wegen einer zur Correspondenz Zwickau in Nr. 96 des „Volkshaar“ von 1871 geschriebenen Anmerkung — welche eine Beleidigung des Polizeivorstehers Stadtraths Dr. Urban in Zwickau enthalten soll — in zweiter Instanz zu 3 Wochen Gefängnis verurtheilt worden ist. Wir warteten mit der Veröffentlichung des Prozeßberichts darum so lange, weil wir darauf rechneten, daß Liebnecht, der gleich nach jener Verhandlung sich nach Hübnerburg begab, von der Festung aus ihn selber würde schreiben können; da ihm dies nun aber nicht gefallt ist, wollen wir — soweit unser Gedächtniß reicht — nachträglich wenigstens das Wichtigste aus der Verhandlung zusammenstellen:

Herr Urban hatte etliche Arbeiterversammlungen verboten, weil die Tendenzen der Sozialdemokratie gegen die derzeitige staatliche und gesellschaftliche Ordnung und mithin auch gegen die bestehenden Gesetze gerichtet“ seien.

Dazu machte Liebnecht folgende Bemerkungen:

„Ganz recht, Herr Urban. Wir sind „gegen die derzeitige staatliche und gesellschaftliche Ordnung“ und „mithin“, wie Sie scharfsinnig folgern, sind auch unsere Tendenzen „gegen die diesfalls bestehenden Gesetze gerichtet“ — aber seit wann ist das ungesetzlich? Haben Sie nie das „Sächsische Gesetz und Verordnungsblatt“ gelesen, und darin Gesetze und Verordnungen gefunden, durch die ältere Gesetze und Verordnungen aufgehoben oder modificirt wurden? Sind solche Gesetze und Verordnungen deshalb ungesetzlich? Haben Sie nie von der neuen Gewerbeordnung gehört? Modificirte dieselbe nicht die „gesellschaftliche Ordnung“? Kennen Sie nicht die Reichsvereinsgesetzgebung? Modificirte dieselbe nicht die „staatliche Ordnung“? Was thun denn die Abgeordneten auf dem Land- und Reichstag? Helfen sie nicht, die „zeitliche staatliche und gesellschaftliche Ordnung“ modificiren, zu deutsch: abändern? Begreifen Sie denn nicht, Herr Urban, daß die ganze geschichtliche Entwicklung seit es eine Geschichte gibt, eine beständige ununterbrochene Abänderung der „staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“ ist? Daß die „staatliche und gesellschaftliche Ordnung“ sich also in fortwährendem Wechsel befindet, und daß ohne diesen Wechsel kein Fortschritt und keine Geschichte denkbar wäre? Sie wissen das, Herr Urban? Gut, dann schreiben Sie keinen derartigen Unsinns. Sie wissen es nicht? Nun, so stellen Sie Ihre Nase in's erste beste Schulbuch, und lernen Sie etwas! Das Sprüchwort sagt zwar, wenn Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand (und wir wollen den Ihrigen nicht bezweifeln), aber es sagt nicht, daß, wer ein Amt hat, nichts zu wissen brauche.“

Darob wegen Beleidigung angeklagt, beantragte Liebnecht die Vernehmung des Schriftstellers Uhlie als Zeugen darüber, daß sich Herr Urban zu wiederholten Malen in seiner Eigenschaft als Polizeivorsteher Fehler hat zu Schulden kommen lassen, welche entweder Gesetzerkenntniß oder böswillige Gesetzesübertretung bei ihm voraussetzen lassen.

Der Gerichtshof lehnte jedoch trotz dieses für die Beurtheilung Urbans höchst wichtigen Moments die Zeugenvernehmung als „unersichtlich“ ab.

In der öffentlichen Verhandlung selbst äußerte sich Liebnecht ungefähr wie folgt:

Er handelte nicht aus persönlicher Animosität — kenne Herrn Urban gar nicht — sondern, um eine öffentliche Pflicht zu erfüllen, daß Urbans ganzes Auftreten ein „staatsgefährliches“ und geeignet sei, daß und Verachtung zu erzeugen, die verschiedenen Klassen gegen einander zu heben, und die soziale Bewegung in gewalttätige Bahnen hineinzudrängen. Abgesehen hiervon sei ein solches Gebahren, das sich schon in einer langen Reihe von Handlungen fundgegeben habe, auch vom Standpunkt des heutigen Staats zu verurtheilen, weil es die Achtung vor den bestehenden Einrichtungen mindere, die Anwesenheit mit der heutigen Ordnung der Dinge vermehren müsse. Herr Urban sei unfähig, die soziale Bewegung zu begreifen, er halte dieselbe für das Produkt einiger verrückten oder verdorbenen Menschen, und sich selbst für berufen, Staat und Gesellschaft von diesem Uebel zu erretten. Das sei eine fixe Idee, Monomanie bei ihm. Selbst die internationalen Gewerkschaften, die sogar in Preußen, als nicht politische Gesellschaften gelten, verschont Herr Urban nicht, bloß weil er, durch das Wort „international“ verleitet, sie für Zweige der bösen internationalen Arbeiterassoziation halte. Zunächst sei die staatsrechtliche

Thätigkeit des Herrn Urban auf Zwickau beschränkt, aber er habe in dieser sehr lokalen Stadt können weniger Rouanen mehr aufgewirgelt, als 100 sozialistische Agitatoren, auch wenn sie gerade so schlimm wären, wie Herr Urban sie sich vorstelle, in ebenso viel Jahren bei größter Anstrengung vermocht hätten. Wenn die Justiz ihren Schilb vor solches Gebahren halte, und dasselbe sanktionire, erzeige sie dem Staat sicherlich keinen guten Dienst. Die incriminirte Note denn, so sei dieselbe zwar scharf, aber nicht zu scharf, ja wenn man die Pronotafion (Anklage der Ungefährlichkeit) bedente, eher zu mild als zu scharf. Herrn Urban sei Unwissenheit vorgeworfen — nun, unwissen sei er; es zu sagen, sei jedenfalls keine Verleumdung, und der Rath, etwas zu lernen, gewiß nicht strafbar. Im Interesse des öffentlichen Friedens und der staatlichen Ordnung, die durch Leute wie Herr Urban gefährdet seien, müsse man solche Brande entfernen.

Redner verließ hierauf zur Charakteristik des Herrn Urban eine diesen betreffende Stelle aus der an den Landtag gerichteten Beschwerdechrift der sächsischen Sozialdemokraten (siehe Nr. 29 d. Bl.) welche lautet:

„Eine für Zwickau auf den 9. November einberufene Volksversammlung verbot der Stadtrath Dr. Urban, weil für die Chemnitz Strikenden Unterstüßungen gesammelt werden sollten. Die Königliche Kreisdirektion bestätigte das Verbot.“

„Eine neue, auf den 11. November einberufene Volksversammlung verbot Herr Stadtrath Dr. Urban gleichfalls; die Tagesordnung sollte das Thema bilden: „der Normalarbeitstag.“

„Eine für den 11. Dezember in Zwickau einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung: „die Arbeiterfrage“ wurde gleichfalls verboten, und zwar nach einigem Hin- und Herreden mit dem Anmelde, durch die Worte des Herrn Stadtrath Dr. Urban: „Ich habe mir es überlegt, ich werde die Versammlung verbieten.“ Ein Recurs darüber an die Kreisdirektion zu Zwickau wurde verworfen. (Siehe Beilage Nr. 4 des „Volkshaar“ Jahrgang 1872).

Wir können hierbei nicht unterlassen, etwas als Beispiel dafür anzuführen, welche persönliche Motive den Stadtrath Urban veranlassen, die Versammlung zu verbieten. Herr Carl Adolph Uhlie, Spargasse 584 in Zwickau, welcher als Anmelde mit dem Stadtrath Urban persönlich verkehrte, wendete bei einem dieser Verbote ein: das sei Unrecht, die Polizei solle die Versammlungen erst dann auflösen, wenn Geheulüberschreitungen vorkommen. Darauf antwortete Herr Stadtrath Urban sehr naiv: „Wenn ich Ihnen eine Versammlung auflöse, so werden die Sympathien der Versammlung stets auf Ihrer Seite sein und gegen die Polizei. Ich werde damit für Ihre Partei nur Anhänger; da ziehe ich vor, die Versammlung vorher zu verbieten.“

„Das nennt man gemäßigten Absolutismus!“

„Ein andermal äußerte Herr Stadtrath Urban gegen Herrn Uhlie Folgendes:

„Wenn die Prinzipien der Sozialdemokratie wirklich gut sind, wie Sie behaupten, so werden Ihnen meine Verbote nichts schaden; taugen Ihre Prinzipien aber nichts, so verhält ich mich durch meine Verbote für Zwickau wenigstens ein großes Unglück.“

Redner kritisiert hierauf das in der Beschwerdechrift geschilderte ungesetzliche Verfahren des Herrn Urban und bemerkt mit Bezug auf die letztangeführte Aeußerung desselben Folgendes:

„Das erinnert an jenen spanischen Inquisitionsrichter, der, als eine Anzahl „Ketzer“ vom Scheiterhaufen herab ihre Unschuld behaupteten, ihnen fromm zurief: Gott der Allmächtige und Allwissende hört Euch; seid Ihr unschuldig, so wird er Euch aus den Flammen erretten, ich werde meine Hände in Unschuld.“

Weiter betont Redner das Ungehörliche der Begriffsverwirrung, welche einen Unterschied zwischen Beamtenethik und Menschenethik überhaupt macht, und verweist in dieser Beziehung auf Amerika, wo das Gesetz zwischen Beamten und anderen Menschen gar keinen Unterschied macht, so daß, wenn Orant sich beleidigt fühlt, er nur als Privatperson nicht als Präsident der Republik klagen kann und genau ebenso tarirt wird wie ein beliebiger Gevatter Schneider und Handschuhmacher — eine Praxis, bei der die Vereinigten Staaten sich sehr wohl befinden.

Schließlich spricht Redner die Erwartung aus, daß der Gerichtshof die Klage zurückweisen und ihn freisprechen werde, — eine Erwartung, die, wie bekannt, nicht eintraf, indem gegen Liebnecht das Urtheil erster Instanz (3 Wochen Gefängnis) aufrecht erhalten wurde.

Veitpig. Zu der am Donnerstag den 1. August stattfindenden Gehilfenkrankenkassenversammlung werden alle Bevollmächtigten und Mitglieder der Gewerkschaften aufgefordert zu erscheinen und sich an der Debatte zu betheiligen.

Obwohl der Beschluß des Stadtrath-Collegiums nicht mehr umzusetzen ist, zilt es doch, denselben zu zeigen, daß wir keineswegs an ihre Bestimmungen gebunden sind. Also, kommt Alle!

Glauchau. 21. Juli. Zur Wiederwahl Bebel's schreibe man dem „Gr. V.“ und „Br.“ von hier: Bei Gelegenheit des heutigen Vogelchießens hatten sich Vertreter der früheren Lokalkomitees des 17. Wahlbezirks aus folgenden Orten zusammengefunden: Glauchau, Meerane, Hohenstein, Ernstthal, Oberlungwitz, Lichtenstein, Gallenberg, Röddlich, Thurn, Mülsen St. Michael, Mülsen St. Jacobi, Waldburg, Wernsdorf, St. Egidien. Dieselben verpflichteten sich, mit allen Mitteln für die Wiederwahl ihres Reichstagsabgeordneten, Festungsgefangenen A. Bebel einzustehen.

(Eingefandt.)

Bebel, bereits zu einer Festungshaft von 2 Jahren verurtheilt, ist auf's Neue, angeblich wegen Majestätsbeleidigung, mit einer Gefängnißstrafe von weiteren 9 Monaten belegt worden. Ferner hat das Gericht ihn seiner Eigenschaft als Mitglied des Reichstags verlustig erklärt. Es findet demnach in einiger Zeit im Bebel'schen Wahlkreis eine Nachwahl statt, d. h. Bebel muß nun erst recht wiedergewählt werden.

Möge das beifolgende Gedicht, als Flugblatt gedruckt und überall im Wahlkreise vertheilt, mit dazu beitragen, die Wiederwahl Bebel's zu sichern.

Bebel.
Weil er treu und fest und gut
zu dem armen Manne steht,
Und mit ungebrosnem Muth
Nur der Reichen Unrecht schmätzt;

Weil, wo's galt des Armen Recht,
Bebel niemals hat gefleht —
Dann hat der arme Mann
Zum Vertreter ihn gewählt.

Doch die Mäch'tigen und die Reichen,
Warfen in den Kerkler ihn,
Ihre Zwecke zu erreichen,
Sie ihm — sein Mandat entzieh'n.

Loszuwerden diesen Dränger
Recht nicht aus die Kerkerlein.
Hör' es, Armuth! nicht soll länger
Bebel dein Vertreter sein!

Wie —? weil Fürsten er beleidigt,
Nehmet Ihr dem Volk sein Recht?
Die Ihr auf's Gesetz vereidigt —
Ist Gesetz das? ist das „Recht“?

Lacht es nur! schon Allzuvielle
Sind es, die Ihr arm gemacht.
Auch die Armen, weil es Viele,
Auch die Armen, sind 'ne Nacht.

Auf zur Wahl! und Keiner fehle!
Volk, es gilt dein letztes Recht.
Volk, den Mann des Volkes wähle,
Wähle Bebel! schül' dein Recht!

Wie —? weil Fürsten er beleidigt,
Nehmet Ihr dem Volk sein Recht?
Die Ihr auf's Gesetz vereidigt —
Ist Gesetz das? ist das „Recht“?

Lacht es nur! schon Allzuvielle
Sind es, die Ihr arm gemacht.
Auch die Armen, weil es Viele,
Auch die Armen, sind 'ne Nacht.

Auf zur Wahl! und Keiner fehle!
Volk, es gilt dein letztes Recht.
Volk, den Mann des Volkes wähle,
Wähle Bebel! schül' dein Recht!

Wie —? weil Fürsten er beleidigt,
Nehmet Ihr dem Volk sein Recht?
Die Ihr auf's Gesetz vereidigt —
Ist Gesetz das? ist das „Recht“?

Lacht es nur! schon Allzuvielle
Sind es, die Ihr arm gemacht.
Auch die Armen, weil es Viele,
Auch die Armen, sind 'ne Nacht.

Zur Notiz.
In Bezug auf die Unterstüßungen für die Inhaftirten unserer Partei und deren Familien sind uns in der letzten Zeit verschiedene Anfragen zugegangen, die wir der Kürze halber und um die Sachlage zur Kenntniß aller Parteigenossen zu bringen, öffentlich beantworten wollen.

1) Die eingehenden Gelder für die politische Gewahrgestellten werden für Alle verwendet, welche, sei es bei der Redaction des Parteiorgans oder bei sonstiger Thätigkeit für die Partei geschädigt worden sind.
2) Der Ausschuß der Partei ausschließlich hat über die Höhe der Unterstüßungen in jedem einzelnen Fall, ob in wöchentlichen oder monatlichen Beiträgen geleistet, zu entscheiden. Deshalb sind alle an die Inhaftirten direkt eingehenden Gelder dem Ausschuß zur Anzeige zu bringen, und wird der Betrag von der Summe der zu leistenden Unterstüßung in Abrechnung gebracht. So wird z. B. die fürzlich an die Hübnerburger Inhaftirten von den Grimmitzschauer Parteigenossen gesandte Summe in dieser Weise verrechnet. Selbstverständlich werden alle in Gefangenschaft befindlichen Parteigenossen nach gleichen Grundsätzen behandelt.

3) Hat die Partei für die Familien der Hübnerburger Inhaftirten nicht aufzukommen.

An unsere jüddentschen Parteigenossen.
Seit längerer Zeit reisen die Herren Frohme und Hartmann in Süddeutschland als Agitatoren des „Neuen“ herum, um für diesen Propaganda zu machen. Sie beschaffen dabei die Taktik, an Orten, wo unsere Partei dominirt, sich ansänblich und sagenfreundlich zu verhalten; sobald sie aber glauben, die Oberhand zu haben, gehen sie zu Angriffen gegen unsere Partei vor und suchen unsere Organisation zu untergraben. Diesem echt jesuitischen Gebahren gegenüber gibt es nur das Eine Mittel: die Benannten rücksichtslos zu bekämpfen und ihnen in den Versammlungen die Thüre zu weisen. Warum sollen wir ihnen aus übelangebrachter Gutmüthigkeit die Gelegenheit geben, ihre Verführung der Arbeiter fortzusetzen? Wenn diese Herren auch noch so geringen Anhang besitzen und gewinnen, so erreichen sie doch, wenn man sie gewähren läßt, das Eine, daß das kaum hergestellte freundschaftliche Verhältniß unter den verschiedenen Fraktionen aufs Neue gestört und der eiskälteste Kampf zur Freude unserer Gegner hervorgerufen wird. Beweis: Stuttgart und München. Macht also kurzen Prozeß mit ihnen!

Wiedere Leipziger Parteigenossen.

Die Angelegenheit Imhof betreffend.
Beitar, 21. Juli. Der Bevollmächtigte Frick in Erfurt widerspricht nur der Behauptung: Imhof habe ein Hoch auf den deutschen Kaiser ausgebracht. Das hat allerdings Imhof nicht getan. In einer Rede, zu der er nicht „absolut gezwungen“ war, hat dagegen Imhof — wie die Untersuchung auf der Thüringer Landesversammlung ergeben hat — die preussischen Waffenerfolge und die Vergeßenspolitik seit dem großen Churfürsten gepriesen. Dem Ausschuß habe ich die nöthigen Mittheilungen gemacht und ihm gleichzeitig meine Meinung über Imhof so unumwunden gesagt, wie ich sie Imhof selbst sagen würde. Die Untersuchung des Ausschusses wird ja noch weiteres Licht in die Sache bringen. A. Müller.

Briefkasten
der Expedition: Metallarb.-Gewerkschaft Leipzig für Abonnenten 1 Zhr. 1 Rgr.; E. Gommier, Mühlbanjen f. Abonn. III. Nr. 1 Zhr.; Carl, St. Johann f. Schrift 2 Zhr.; Bartholbi in Wittweida f. Schrift 2 1/2 Rgr. f. Annonce 9 Rgr.; Arb.-Partei Breslau f. Annonce 2 Zhr. 8 Rgr. 5 Pf.; Statistische Kommission in Breslau 8 Rgr. 5 Pf.; Sauerweig, Gotha f. Schrift 3 Zhr. 18 Rgr. 5 Pf.

Der Vorstand des
Connewitzer sozialdemokratischen Arbeitervereins
wird ersucht, sofort eine Vereinskongregation einzuberufen und sich deshalb mit der Expedition d. Bl. ins Einvernehmen zu setzen.

Das Agitations-Comitee.
Für Leipzig.
Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Freitag, 2. August, im Leipziger Salon.
Tagesordnung: Die Parteiformungen, Ref. Heidemann. Sozialpol. Wochenbericht, Ref. Hüblich.
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Für Hannover.
Socialdemokratischer Arbeiterverein.
Sonntag, den 3. August, Abends 9 Uhr,
im Lokale des Herrn Bartling, Knochenhauerstraße 59

öffentliche Versammlung.
Tagesordnung: 1) Sozialpolitischer Wochenbericht, Ref.: Kaiser, (Corref. Reichelt. 2) Ueber den Entwicklungsgang im Völkerverleben (Fortsetzung) Ref. Wiener. 3) Anträge zum Congreß.
Gäste haben Zutritt.
Diese Versammlungen finden regelmäßig alle Sonnabende Abend und jeden Mittwoch Bescheidens dabeistatt. Der Vorsitzende.

An die Gesangsvereine der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
Die hiesigen Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei haben einen Gesangsverein gegründet, der sich bereits der regien Theilnahme erfreut; wir richten daher an die bereits bestehenden Gesangsvereine unserer Partei die Bitte, uns dabei mit Rath und That zu unterstützen und uns schleunigst zu benachrichtigen, ob sie uns vielleicht sozialdemokratische Lieder und (womöglichst stimmige) Noten dazu gegen Barzahlung zur Verfügung stellen können. Adressen sind zu richten an: G. Saewete, Hannover, Kreuzstr. 3, 2. Etage. Am recht baldigen Bescheid bittet Das Comitee.

Für Augsburg.
Literarischer Verein.
Sonntag, den 4. August, Vormittag 10 Uhr,
Versammlung
im Weisserhaus.

Parteigenossen!
Die Sozialdemokratie in Deutschland muß auf die Conferenz der Regierungen über die soziale Frage antworten mit: Vereinigung des Allg. deutsch. Arb. Vereins und der soc.-dem. Arbeiterpartei!

Für Stuttgart.
Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, Versammlung im neuen Lokal: Blücherstraße 28, bei Krämer.
Tagesordnung der nächsten Versammlung (2. August): die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und die Gründung, Organisation und das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Referent: Burkhardt.
Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen und fleißig Gäste mitzubringen. Der neue Vorstand.

Für den Rhein- und Maingau.
Die Adresse des Vertrauensmannes für Frankfurt am Main ist: Theodor Kolb, Judengasse 156, Frankfurt a. M. (2) 2

Frankfurt a. M.
Die Parteigenossen veranlassen sich jeden Samstag, Abends 9 Uhr im Gasthaus zur „Stadt Krug“, Dominikanergasse Nr. 10. NB. Im Gastzimmer liegt der „Volkshaar“ aus. (11)

Da ich auf meine brieflichen Rathungen bisher von keiner Seite Antwort erhalten habe, sehe ich mich genöthigt, alle meine Schuldner auf diese Weise an ihren Verpflichtungen zu erinnern. Sollte auch dieses nichts fruchten, dann werde ich die Betreffenden öffentlich bei Namen nennen und die ganze Angelegenheit in die Hände eines Advokaten legen. Zugleich erlaube ich alle Parteigenossen, mich mit Vertheilungen auf Schriften zu unterstützen. Alle für Einen, Einen für Alle.
Grüß an Alle
Albertine Dietrich
bei Frau Kuback in Bayreuth.

Veitpig: Fernstud. Redaction A. Ruth; Redaction u. Expedition Hüblich. 4; Druck u. Verlag v. J. Ebel.